

7 Millionen Euro an die Kickers, unnötig und grenzwertig.

Am vergangenen Donnerstag stimmte der Stadtrat gegen 7 Ratsmitglieder namentlich für die Beteiligung der Stadt an einer Stadiongesellschaft. Dies wird von der LINKEN Würzburg scharf kritisiert. „Aus einer blinden Begeisterung für die Kickers solche Summen an Steuergeld zu binden ist unverantwortlich!“, wertet Stadtrat Sebastian Roth.

Man müsse die Sache völlig ohne Emotionen betrachten, ob man nun Fan der Kickers, Fußballfan allgemein oder gar dem Fußball gegenüber negativ eingestellt wäre. Eine Beteiligung der Stadt von angestrebten 26-49% stellt die Stadt nicht nur vor die zu erwartenden finanziellen Belastungen mit 300.000 Euro jährlich (zusätzlich zu den anderen Förderungen, z.B. an den Kickers e.V.). Vielmehr besteht für die Stadt eine Gefahr. Scheitert die Stadiongesellschaft (Gesellschaftsform GmbH) oder steigt ein Partner aus, wird die Stadt nicht nur moralisch genötigt sein, mehr Geld zu investieren. Zusätzlich zu den 7 Mio. Euro, die nun zugesagt sind. „Man begibt sich unnötig und blind in eine Abhängigkeit, die für die Stadt fatal enden kann.“

Weiterhin ist auch zu erwarten, dass die Bezahlung eines Geschäftsführers einer Stadiongesellschaft wohl einen Großteil des städtischen Geldes „auffressen“ werde. Vergleicht man die Gehälter mit anderen Stadiongesellschaften in Deutschland, werden in den 20 Jahren der vorgesehenen Investitionszeit schnell 2,5 Mio. an den Geschäftsführer gezahlt worden sein, auch aus Steuergeldern.

Dabei wäre die freiwillige Leistung der Stadt laut Aussage des Kickers-Vereinsvorsitzenden Michael Schlagbauer gar nicht nötig, so teilte er der Main-Post am 8.Juni 2016 mit, dass man das Stadion durchaus auch ohne städtische Mittel zweitligatauglich machen könne.

Alternativ könnte das Stadion von einer AG betrieben werden, die durch private Aktienkäufe finanziert werden könnte. Dies funktioniert auch bei dem Stadion von Union Berlin.

Aus diesem Grund, und weil es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt handelt, wird der Kreisverband der LINKEN in Würzburg prüfen lassen, ob diese Beteiligung überhaupt rechens ist. Eine Beschwerde bei der Regierung von Unterfranken wird aktuell erwogen.